

1.5-2952 Inklusion, Queer und Antidiskriminierung

Antragsteller*in: Helmut Müller-Lornsen (KV Lübeck)

Text

Von Zeile 2950 bis 2951 einfügen:

1. den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention fortschreiben und die Eingliederungshilfe effizienter und effektiver gestalten
- .
2. das Landesbehindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln und Barrierefreiheit sowie Teilhabeplanung in den Kommunen verbindlich verankern.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Ändern in:

Begründung

Die Einleitung des Kapitels kündigt die Weiterentwicklung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und gezielte Anreize für Kommunen an. In der Aufzählung der zentralen Vorhaben („Wir werden“) fehlt dieses Ziel jedoch, ebenso wie jeder Punkt zur Barrierefreiheit, obwohl das Kapitel sie als „Selbstverständlichkeit“ bezeichnet. Die Umsetzung von Inklusion liegt in kommunaler Hand; ob sie vor Ort ankommt, entscheidet sich an verbindlichen Regelungen im Landesrecht. Der Spiegelstrich holt dieses Kernvorhaben in die Übersicht und stellt die Verbindung zum neuen Absatz in Abschnitt 1.5.1.1 her.

Unterstützer*innen

Lorenz Mayer (KV Segeberg); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Karin Burakowski (KV Lübeck); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Cedric Kähler (KV Kiel); Susanne Lohmann (KV Stormarn); Jessica Leutert (KV Kiel); Martina Walther (KV Lübeck)